

☒ • RWTH • Institut für Biologie III • D-52056 Aachen

Dr. Stefan Rauschen
AG Agrarökologie

Worringer Weg 1
D-52074 Aachen
☎: 0241/80-23695
☒☎: 0241/80-22181
E-Mail: rauschen@bio3.rwth-aachen.de
Datum 18.02.2009

**Betrifft: Offener Brief an Bundesministerin Frau Ilse Aigner und Staatsminister
Herrn Doktor Markus Söder**

Sehr geehrte Frau Aigner, sehr geehrter Herr Doktor Söder!

In der nationalen Presse ist heute und war in den letzten Tagen zu lesen, dass Sie die bisherige, relativ offene und differenzierte Haltung der CSU gegenüber der Grünen Biotechnologie radikal ändern wollen: ein generelles Verbot des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen in Bayern, die Verbannung der Forschung an diesen Pflanzen in Gewächshäuser und schließlich sogar die Prüfung des Verbots des Anbaus von MON810 in der Bundesrepublik.

Herr Söder, Sie werden damit zitiert, dass endlich „Frieden auf den Äckern“ einkehren möge, dass man im Zweifelsfall das Umweltschutzrecht bemühen müsse, um den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen besonders schwer und damit faktisch unmöglich zu machen, und dass angestrebt wird, ganz Bayern zur „Gentechnik-freien Region“ auszurufen. Frau Aigner, Sie werden mit den Worten zitiert, Sie stimmten inhaltlich mit den Vorstößen der Bayerischen Staatsregierung überein und wollten den Anbau von MON810 unter Umständen auch national verbieten.

Diese Meldungen, dieser politische Schwenk irritiert sehr. Seit vielen Jahren beschäftige ich mich in meinen Forschungsarbeiten mit den ökologischen Auswirkungen des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen. Auch der in Frage stehende Bt-Mais MON810 war Gegenstand dieser Forschung. Die RWTH Aachen koordinierte ein vom

Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördertes Großprojekt mit annähernd einem Dutzend Partnerinstitutionen aus ganz Deutschland, das die möglichen

Umweltauswirkungen dieser gentechnisch veränderten Maissorte untersuchte (Teilprojekt der RWTH Aachen, Förderkennzeichen: 0312631C). Die Ergebnisse dieser Forschungsarbeiten wurden seitens der RWTH Aachen und der beteiligten Partnerinstitutionen in Form von Zwischen- und Endberichten an das BMBF, auf der Informations-Internetplattform des BMBF (www.biosicherheit.de), sowie insbesondere in internationalen wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert. Es konnten keine Hinweise darauf gefunden werden, dass von MON810 ein größeres oder anderes Risiko einer Gefährdung der Umwelt ausgeht, als vom konventionellen Maisanbau. Im Gegenteil, der Anbau von MON810 erwies sich als deutlich schonender als die Behandlung von mit Maiszünsler befallenen Flächen mit Insektiziden. Weiterhin gab es an der renommierten TU Weihenstephan langfristige Fütterungsversuche mit Milchkühen, in denen die Auswirkungen der Verfütterung von MON810 genauestens untersucht wurden. Auch hier liegen Ergebnisse vor.

Auf internationaler Ebene wurden die möglichen Auswirkungen von MON810 ebenfalls intensiv untersucht. Vielfältige Arbeiten aus Spanien, wo seit Jahren auf relativ großen Flächen Bt-Mais angebaut wird, aus Frankreich, wo bis zum Anbaustopp nahezu ebenso große Flächen mit MON810 bestellt wurden, und aus den Vereinigten Staaten, in denen seit vielen Jahren Millionen von Hektar mit gentechnisch veränderten Pflanzen bepflanzt werden, zeigten keine negativen Effekte von MON810 auf die Umwelt, auf Nichtzielorganismen, auf den Boden, auf angrenzende Habitate, geschützte Schmetterlinge, auf tierische Gesundheit und Produktion.

In Europa werden alle gentechnisch veränderten Pflanzen durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) in Parma hinsichtlich ihrer Sicherheit und der möglichen Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt untersucht und bewertet. Die EFSA hat wiederholt die ursprüngliche Umweltrisikoprüfung für MON810 bekräftigt: dass von dieser Maissorte kein negativer Einfluss auf die genannten Schutzgüter ausgeht. Dies hat die EFSA auch in Hinblick auf Sicherheitsklauseln, die von den Regie

rungen in Frankreich, Österreich, Ungarn und Griechenland eingesetzt wurden, mehrfach wiederholt. Die von diesen Regierungen vorgebrachten wissenschaftlichen Erkenntnisse waren nicht dazu geeignet, die ursprüngliche Sicherheitsbewertung zu invalidieren. Im Gegenteil, die Anzahl der Studien, die verschiedene Aspekte der Umweltsicherheit von gentechnisch veränderten MON810 Mais untersucht und keine negativen Auswirkungen gefunden haben, ist enorm. Auch Studien von deutschen Forschungseinrichtungen und aus der BMBF geförderten Biosicherheitsforschung wurden dabei von der EFSA bei der Urteilsfindung berücksichtigt.

Es muss daher erstaunen, dass jetzt von Ihrer Seite Bedenken bezüglich der Validität dieser Ergebnisse dadurch geäußert werden, dass Sie den Anbau von MON810 regional und unter Umständen national verbieten wollen. Es muss auch erstaunen, dass Sie die Ergebnisse der vom BMBF geförderten Biosicherheitsforschung ignorieren, beziehungsweise durch Ihre aktuellen Äußerungen in Frage stellen.

Die Diskrepanz zwischen den wissenschaftlichen Ergebnissen auf der einen Seite, und den politischen Aktivitäten auf der anderen Seite, untergräbt die Glaubwürdigkeit der deutschen und internationalen Forscher und der Institutionen, an denen diese Forschung durchgeführt wird. Wenn schon Politiker die Ergebnisse dieser Forschung nicht ernst nehmen und berücksichtigen, warum sollten das die Bürger tun?

Diese Diskrepanz untergräbt aber auch die Glaubwürdigkeit der Politik, die mal wieder mehr beweist, dass sie lediglich auf den Fang von Stimmen und den kurzfristigen Erhalt von politischer Macht und Stellung ausgerichtet ist, als auf eine nachhaltige Entwicklung des Standortes Deutschland und eine Steigerung der mündigen Entscheidungsfähigkeit der Bürger. Wenn sich politische Standorte so schnell ändern, wer soll dann noch glauben, dass die Politik auch langfristig orientierte Antworten zu Problemen parat hat?

Ein Großteil der Bevölkerung in Deutschland lehnt den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab. Das ist richtig. Aber was sagt es uns, dass ein ebenso großer Anteil der Bevölkerung glaubt, Tomaten und andere pflanzliche Produkte aus dem Supermarkt enthielten keine Gene?

Die Ablehnung der grünen Gentechnik durch breite Bevölkerungsschichten beweist nur eines: dass es einen erheblichen Aufklärungsbedarf und erhebliche Wissenslücken in Deutschland gibt, in Bezug auf ganz fundamentale biologische Zusammenhänge, in Bezug auf die Art und Weise, wie Landwirtschaft betrieben wird und wie die Produkte, die wir tagtäglich ohne nachzudenken konsumieren, produziert werden, und wie Pflanzenbiotechnologie überhaupt funktioniert, welche realen Risiken und welche Möglichkeiten mit ihr verbunden sind.

Was politische Parteien und die in ihnen aktiv Beteiligten leisten sollen, ist Aufklärung der breiten Öffentlichkeit. Ist die Information und die Bildung, damit ein jeder Bürger ein informiertes Eigenurteil fällen kann, über die Fragen und Probleme von heute, um damit Handlungsoptionen wählen zu können für Morgen und Übermorgen.

Was Sie, Frau Aigner, Herr Doktor Söder, statt dessen machen, ist die Ignoranz der Mitbürger bedienen und für den eigenen politischen Machterhalt und für die politische Profilierung auszunutzen. Sie tragen damit dazu bei, dass auf der einen Seite die Öffentlichkeit nicht darüber informiert wird, was der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik ist, und welche Möglichkeiten sich aus ihm ergeben. Auf der anderen Seite irritieren Sie mit Ihren Äußerungen und erklärten Absichten die Forscher in Deutschland, die nicht wahrgenommen werden, obwohl sie seit Jahren gute und international anerkannte Arbeit auf dem Gebiet der Grünen Biotechnologie und der Biosicherheitsforschung leisten. Sie errichten zudem Hürden, die die zukünftige Forschung auf diesem Gebiet schwieriger machen, gefährden und sogar gänzlich in Frage stellen.

Bedenken und Zweifel können nur durch mehr Wissen ausgeräumt werden. Sollen die möglichen Auswirkungen des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen erforscht und Risiken sicher quantifiziert werden, so erfordert das unweigerlich Untersuchungen im Freiland. Nicht im Gewächshaus, nicht auf kleinen Parzellen, sondern auf Versuchsfeldern, die in ihrer Gesamtgröße durchaus an realistische Anbaubedingungen herankommen. Und diese Forschungen dürfen nicht auf einen oder zwei Standorte beschränkt sein, sondern sollten die natürliche Breite und Variabilität widerspiegeln, die auch in der Umwelt, in der die gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden

sollen, vorzufinden ist. Wenn Sie, Herr Söder, die Forschung an gentechnisch veränderten Pflanzen in Gewächshäuser verbannen wollen, dann machen Sie derartige Forschung unmöglich. Dadurch, dass Risiken dann nicht mehr unter realistischen Anbaubedingungen erforscht werden können, erhöhen Sie keineswegs die Sicherheit, sondern fördern lediglich die wissenschaftliche Unsicherheit. Auf lange Sicht wird das zu einem Verlust an Wissen und Expertise, und zu unsicheren politischen und regulatorischen Entscheidungen führen, weil Beratungskompetenz fehlt.

Dass solche Freilandforschung erst dann durchgeführt wird, wenn sich bereits in vorangegangenen Untersuchungen im Labor und im Gewächshaus keine Anzeichen für mögliche signifikante und bedeutsame negative Effekte und Auswirkungen ergeben haben, ist selbstverständlich und entspricht dem aktuellen Stand der Erforschung gentechnisch veränderter Pflanzen und der Beurteilung von Freisetzungen durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL).

Ein weiterer Punkt muss betont werden: die derzeit angebauten gentechnisch veränderten Pflanzen, insbesondere Bt-Pflanzen wie MON810, sind erst die einfachen Vorläufer jener Entwicklungen mit wirklich interessanten und anspruchsvollen gentechnischen Veränderungen. An Sorten wie MON810 lassen sich daher bereits jetzt Analysetechniken, Nachweisverfahren und Probenahmemethoden etablieren, evaluieren und standardisieren, die später bei Pflanzen Anwendung finden können und müssen, die sich durch sehr viel komplexere Veränderungen ihres Genoms auszeichnen. Dies trifft zum Beispiel auf Pflanzen mit veränderter Zusammensetzung, neuen Inhaltsstoffen oder komplex regulierten Eigenschaften wie Stresstoleranz oder reduziertem Wasserbedarf zu. Diese Pflanzen werden auf den Markt kommen. Wenn nicht hier, dann in jenen Ländern, die auch derzeit die Vorreiter bei der Anwendung von gentechnisch veränderten Sorten sind. Wenn wir Forschung an solchen Pflanzen unterbinden, machen wir uns in hohem Maße oder unter Umständen vollständig von der Expertise dieser Länder abhängig. Das heißt auch, dass wir unsere eigenen Vorstellungen bei der Bewertung solcher Pflanzen und bei der Frage der Ausgestaltung der Wissenschaft, die solche Pflanzen erforschend begleiten soll, international nicht mehr werden anbringen und umsetzen können.

Dies ist definitiv nicht im Interesse des Forschungs- und Wirtschaftsstandortes Deutschland, nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, und darf daher keinesfalls im Interesse der Politik in diesem Land sein.

Ich fordere Sie daher auf, Frau Aigner, Herr Doktor Söder, Ihre Standpunkte zu überdenken, die Vor- und Nachteile Ihres angekündigten Handelns zu überdenken, und sich von den Experten in den relevanten Forschungsgebieten wissenschaftlich beraten zu lassen.

Ansonsten sehe ich durch die von Ihnen angekündigten Absichten einen Kollateralschaden auf den deutschen Forschungs- und Wirtschaftsstandort zukommen, der uns auf Jahre zurückwerfen wird. Von der weiter schwelenden Ignoranz der breiten Masse der Bevölkerung gegenüber grundlegenden wissenschaftlichen Fragen, und der damit verknüpften und sich immer mehr ausbreitenden Bereitschaft, Gewalt gegen Sachwerte und die seelische und körperliche Gesundheit und Unversehrtheit anderer anzuwenden, mal ganz zu schweigen.

Zum Schluss möchte ich betonen, dass ich in diesem Schreiben meine persönlichen Ansichten und meine eigenen wissenschaftlichen Einschätzungen zum Ausdruck gebracht habe. Diese müssen nicht mit denen meiner dienstrechtlichen Vorgesetzten übereinstimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stefan Rauschen, Dipl.-Biol.